



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

1/VIII/58 - 10.3.53

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 37654-59  
Fernschreiber 037 890

|  |      |
|--|------|
| Verschärfte innerpolitische Spannungen | S. 1 |
| James Middleton 70 Jahre               | S. 4 |
| Die CDU in Schweizer Sicht             | S. 5 |

In der belgischen Zeitung "Le Peuple" veröffentlicht  
Fr. Heine, Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes  
der SPD, folgenden Artikel:

## Deutschland zwischen Demokratie und Dollfuß-Ära

Bleibt Deutschland eine parlamentarisch-demokratische Republik, oder wandelt sie sich in ein reaktionär-klerikales Dollfuß-Regime - das ist die Frage, die wahrscheinlich in kurzer Zeit entschieden wird. Während die Verhaftung der sieben ehemaligen NSDAP-Leute Aufsehen in aller Welt erregt hat, findet die weit aktuellere Gefahr, die der Demokratie durch die gegenwärtig herrschenden Regierungsparteien droht, sehr viel geringere Beachtung.

Einer der entscheidenden Prüfsteine dafür, welchen Weg Deutschland gehen wird, ist die Behandlung des Wahlrechts - akut geworden durch die Einbringung eines Wahlgesetz-Entwurfs der Adenauer-Regierung, das die tatsächlichen Mehrheitsverhältnisse auf den Kopf stellen soll. Die gegenwärtige Regierung hat bei der letzten Wahl mit 47 Prozent der Stimmen rund 52 Prozent der Parlamentssitze errungen. Es ist allgemeine Überzeugung, auch in Koalitionskreisen, daß sie bei der kommenden Wahl noch weniger Stimmen erhält - vielleicht 40-45 Prozent. Das von der Regierung vorgelegte Wahlgesetz ist nun so abgefaßt, daß die Koalition in jedem Fall, auch bei weiteren Stimmenverlusten, nicht nur eine Mehrheit, sondern sogar eine verfassungsändernde Zweidrittel-Mehrheit der Mandate erhält.

## Auf dem Wege zu einem neuen "Ermächtigungs-Gesetz"

Die sozialdemokratische Opposition, für die bei den Wahlen 1953 zweifellos mehr Wähler als für irgendeine andere Partei stimmen werden, soll nicht nur um ihr Recht gebracht werden, den Regierungschef zu stellen. Sie soll mit Wahltricks in eine solche parlamentarische Minderheit kommen, daß die jetzt herrschende Koalition ihre Herrschaft fortsetzen und darüber hinaus

jede Verfassungsänderung ungestört und ungestraft vornehmen kann.

Wenn die Wahlgesetz-Pläne der Adenauer-Regierung Gesetz werden, dann scheidet die Bundesrepublik Deutschland aus der Reihe jener Länder aus, in denen durch das Wechselspiel von Regierung und Opposition die demokratische Staatsform mit echtem politischen Leben ausgefüllt ist.

Um die Demokratie vor den antidemokratischen Kommunisten zu retten, hat man in Frankreich und Italien wahlgesetzliche Mittel angewendet, über deren Zweckmäßigkeit man geteilter Meinung sein kann. Das sehr viel brutalere und weitergehendere Adenauersche Wahlgesetz würde die einzige hundertprozentig zuverlässige demokratische Partei in Deutschland, die SPD, zum Opfer von bürgerlichen Parteien machen, die bereits stark von antidemokratischen und reaktionären Elementen zersetzt sind.

Das Fazit der vier Jahre Bürgerblock-Regierung in Deutschland ist vom Standpunkt der Demokratie, der Freiheit und des Fortschritts außerordentlich beunruhigend und negativ. Nicht ein einziges großes fortschrittliches Werk hat die Mehrheit des deutschen Bundestages in diesen vier Jahren vollbracht. Was an notwendigen kühnen Lösungen vorgelegt wurde, wie z.B. der soziale Gesamtplan, kam von der sozialdemokratischen Opposition - und wurde von der Regierungsmehrheit verfälscht oder verworfen. Zu keiner Zeit während des Bestehens der Weimarer Republik hat es eine so rücksichtslose und unduldsame Bürgerblock-Periode gegeben, nie waren Macht- und Profitgier so ausgeprägt wie heute.

Die Steuer- und Finanzgebarung der Adenauer-Regierung ist unverhohlen auf die Besitzsicherung und Besitzvermehrung der Wohlhabenden gerichtet. Was auf sozialpolitischem Gebiet den Bedürftigen vorenthalten wird, fließt durch die Wirtschaftspolitik der Koalition den Industriellen zu. Innen- und Justizminister scheinen darin zu wetteifern, am schärfsten gegen die freiheitliche Arbeiterbewegung vorzugehen. Mit größter Skrupellosigkeit werden Steuergelder für die Propagierung parteipolitischer Interessen verwendet.

#### Abmarsch der Regierungsparteien nach rechts

All das ist schlimm genug. Schlimmer aber noch sind die Entwicklungstendenzen dieser Koalition und der sie tragenden Parteien. Die Regierung hat Tarn-Organisationen geschaffen oder gefördert, die für ihre Pläne Propaganda machen sollen. Ein Teil dieser Tarn-Organisationen wird von neofaschistischen und asozialen Elementen geführt - einer der Führer ist kürzlich wegen mehrerer Morde verhaftet worden - und in einigen dieser Organisationen ist Bürgerkrieg geübt und Terror praktiziert worden. Trotz der Entlarvung des Charakters eines dieser Tarngebilde und ihres Verbots durch sozialdemokratisch geleitete Länder-Regierungen unterstützt sie die Regierungskoalition auch weiterhin. Die zweifelhaften Charaktere, die in diesen Tarn-Organisationen wirken, können sehr wohl die Pioniere für eine "Heimwehr"-Truppe à la Dollfuß sein.

Die Geschehnisse der letzten Monate haben auch im Ausland ein wenig den Schleier gehoben, der über der Marschrouten der drei Parteien liegt, die die Adenauer-Regierung tragen. Alle drei Parteien sind

auf dem Marsch nach rechts - eindeutig und in flottem Tempo ! Zwei von ihnen, FDP und DP, rivalisieren darum, wer am weitesten rechts und somit Wahl-Heimat der parteilos gewordenen "Pgs" ist. Es ist ein Wettstreit auf Kosten der Demokratie und der Freiheit.

Die DP - "Deutsche Partei" - hat ihre beiden Vorsitzenden als Bundesminister im Kabinett. Sie sind auf die Symbole der Republik verpflichtet; aber ihre eigene Partei weigert sich, diese Symbole anzuerkennen - wie sie auch mit Bedacht das Wort "Demokratisch" in ihrem Partei-Namen weggelassen hat. Es paßt zum Bild, daß einer dieser beiden Vorsitzenden öffentlich erklärte, er verneige sich in Ehrfurcht vor den Symbolen deutscher Vergangenheit, d.h. vor dem Hitler'schen Hakenkreuz.

In der zweiten Regierungspartei, der Freien Demokratischen Partei, mehren sich die Stimmen, die die Streichung der Bezeichnung "demokratisch" im Partei-Namen verlangen, ein Wort übrigens, das im ganzen langen Programm des wachsenden rechten Flügels dieser Partei nicht ein einziges Mal vorkommt.

Es gibt für politisch Urteilsfähige in Deutschland keinen Zweifel - aber viele Beweise - daß diese beiden Parteien erheblich von rechtsradikalen, alt- und neofaschistischen Elementen unterwandert sind und nicht mehr als zuverlässige Hüter der Demokratie betrachtet werden können.

#### SPD bereit, den Kampf aufzunehmen

Die führende Regierungspartei, CDU/CSU, die - besonders im protestantischen Teil des Landes - einem Prozeß der Dezimierung ausgesetzt ist, hat zweifellos breite demokratische Kreise in ihren Reihen. Das war freilich auch 1934 in Österreich bei den damaligen Christlich-Sozialen der Fall, ohne daß diese Tatsache die Dollfussjude verhindert hätte. Das Verhalten der Mehrheit der CDU/CSU im Parlament und ihrer führenden Vertreter in der Regierung läßt nur noch den Schluß zu, daß sie bereit sind, auf kein ihnen geeignet erscheinendes Mittel zu verzichten, um unter allen Umständen an der Macht zu bleiben, - auch gegen eine Mehrheit des Volkes !

Heute schon führen Bundesminister drohende Reden gegen die Gewerkschaften und lassen erkennen, daß sie auch vor Maßnahmen nicht Halt machen wollen, die es in der Weimarer Republik nicht gegeben hat. Würde diese Koalition noch einmal für vier Jahre an der Macht bleiben, dann würde aller Voraussicht nach eine freiheitliche Arbeiterbewegung, so wie wir sie heute kennen, von dieser Koalition mit dem Ziel der Vernichtung und Ausrottung bekämpft werden.

Die Sozialdemokraten wissen, daß ein entscheidender Kampf im Gange ist, bei dem auf Seiten der Gegner ohne Skrupel, mit dem Einsatz ungeheurer Mittel, gekämpft wird.

Die Sozialdemokraten sind bereit, diesen Kampf aufzunehmen. Sie werden ihre Taktik im Einzelnen nicht vorher zu Markte tragen. Sie werden in der Verteidigung der Demokratie, der Freiheit und des Rechts alle Anstrengungen machen. Sie werden dabei den Rahmen, der einer demokratischen Partei gezogen ist, nicht überschreiten. Aber sie sind gewillt, notfalls bis an die äußerste Grenze zu gehen .

+ + +

James Middleton 75 Jahre

F.S.London

Wenn auch während des Krieges von der Existenz einer Internationalen nur sehr wenig zu spüren war, gab es doch in England Sozialisten, die den Glauben an die deutsche Sozialdemokratie aufrecht erhielten und vertraten. Der Mann, der vor aller Öffentlichkeit und hinter der politischen Kulisse eine entscheidende Rolle spielte, war James Middleton, bis 1944 Sekretär der Labour Party. Es war ein ebenso mutiger wie politisch und menschlich bedeutsamer Akt, als er am Beginn seiner Abschiedsrede auf dem Parteitag im Jahre 1944 Worte zu Ehren der SPD stellte: "Ich erinnere mich der englischen Besuche des Älteren Liebknecht, dieses feinen alten deutschen Sozialisten und ich weigere mich anzunehmen, dass Liebknechts Werk - soweit es die deutsche Nation betrifft - umsonst war."

Am Donnerstag wird James Middleton 75 Jahre alt. Über sein Leben zu berichten, hiesß die Geschichte der britischen Arbeiterbewegung zu schreiben, der er seit seinem 15. Jahre angehört. Aus dem Buchdrucker, der schon Artikel schrieb und sie selber setzte, wurde sehr schnell der Organisationssekretär. Drei Jahre nach Gründung der Labour Party wurde Middleton ihr stellvertretender Generalsekretär und eröffnete mit Ramsy MacDonald, dem späteren Ministerpräsidenten, in der Victoria Street in London, das erste aus drei Zimmern bestehende Parteibüro. Als er 1944 sein Amt niederlegte, zählte die Partei, inmitten des Krieges, zweieinhalb Millionen Mitglieder. Ein Jahr später übernahm Labour die Regierung. Mit Middleton und durch ihn wuchs die grosse britische Arbeiterbewegung: Partei, Gewerkschaft und Genossenschaften, die er schliesslich in eine Dachorganisation, den National Council of Labour, vereinigte.

Der Schüler Keir Hardies, des Begründers der Arbeiterbewegung in England, verkörpert nicht nur die Tradition der Labour Party, sondern des internationalen Sozialismus überhaupt. So wie er sich an seine Gespräche mit Liebknecht, Bernstein und Jaurès erinnert, so sehr ist er vor allem auch heute mit der deutschen Sozialdemokratie verbunden. Der Parteivorstand der SPD hat dem alten Freunde die herzlichsten Glückwünsche und den Dank für eine Freundschaft ausgesprochen, die Middleton seit Jahrzehnten immer von neuem bewies; die Vereinigung deutscher Sozialdemokraten in London veranstaltet für ihn eine Feier, an der die Vertretungen ausländischer Bruderorganisationen und die beiden Mitglieder der Exekutive der Labour Party, James Griffiths und Margret Herbison, teilnehmen.

### Die CDU in Schweizer Sicht

Der Bonner Korrespondent der "Freie Innerschweiz" und anderer Schweizer Blätter untersuchte in einem längeren Artikel die Rolle und die Bedeutung der CDU in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Wir lesen u.a.:

Während den nun bald vollendeten acht Nachkriegsjahren ging das Bestreben des deutschen Katholizismus darauf hinaus, in jeder Weise und mit jedem Mittel die Christlich-Demokratische Union zu fördern und zu stützen. In dieser Partei aber sammelten sich nicht etwa die Kräfte, die entschlossen waren, aus der jüngsten Vergangenheit die unerbittlichen Konsequenzen zu ziehen und im Zeichen eines politisch gereinigten Christentums mitzuarbeiten an dem inneren und äußeren Aufbau einer neuen Gesellschaft und einer neuen staatlichen Ordnung. Mit einer stauenswerten Beharrlichkeit versuchte die CDU politisch und sozialpolitisch dort anzuknüpfen, von wo uns einst der Weg in die Katastrophe führte. Weil nach 1945 die "Gefahr" bestand, daß große Massen des deutschen Volkes auf eine soziale Neuordnung der Gesellschaft und der Wirtschaft drängten, appellierte man an den primitiven Besitzinstinkt und die untergründige Besitzangst. Die CDU machte sich bedingungslos zum Statthalter eines ganz handfesten Kapitalismus und einer moralisch wie rechtlich möglichst ungebundenen "freien Wirtschaft". Die Wirkung besteht darin, daß sich in Deutschland eine neue Besitzerschicht gebildet hat, die - ohne jegliche Übertreibung - mit rücksichtslosesten Methoden, sehr oft unter Anwendung rein korruptiver Mittel und unter schamloser Ausnützung der allgemeinen Not ihren Besitz errafft hat. Der Niedergang des allgemeinen kulturellen Niveaus, das trostlose Bild der Nachkriegs-Architektur, das Wohnungselend der minderbemittelten Schichten, die Krisis der Kunst, des Theaters und der Literatur, die innere Brüchigkeit der westdeutschen Demokratie sind gesellschaftlich bedingt durch die fast vollkommen fehlende Verantwortung der neuen Besitzer-Schicht gegenüber dem öffentlichen Leben, dem Volksganzen und dem geistigen Erbe der Nation.

Die Kirche aber kann ihre Stimme nicht erheben und auf die Folgen des amoralischen gesellschaftlichen Zustandes hinweisen, sie muß schweigen darüber, daß Hunderttausende von Familien in Ein- und Zweizimmer-Wohnungen, in Bunkern und Ruinenhöhlen wohnen, derweil sich im Zeichen der "Privat-Initiative" die Nutznießer der Währungsreform sich jeden erdenklichen Wohnungsluxus leisten können, sie muß die Witwen, Waisen, die Kriegsoffer, die Flüchtlinge, die Minderbemittelten - sie machen zusammen ein Drittel der westdeutschen Bevölkerung aus - ihrem dunklen, bitteren Los überlassen, denn da sie sich politisch mit der CDU identifiziert und für sie politisch Schmiere steht, ist sie unmittelbar mitverantwortlich für die unheilvolle Entwicklung, für die sozialen Mißstände und die gesellschaftliche Korruption, welche durch die CDU-Politik teils ermöglicht, teils gedeckt, teils aber direkt verursacht wurden".

+ + +

---

Verantwortlich: Peter Raunau